

Zwischen Nostalgie und Markt

Fleck, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fleck, C. (2005). Zwischen Nostalgie und Markt. In N. Dimmel, & J. Schmee (Hrsg.), *Politische Kultur in Österreich: 2000-2005* (S. 255-262). Wien: Promedia Verl.-Ges. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-234672>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Druck gefördert vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur/Wien, von der Evers-Marcic-Stiftung der Juridischen Fakultät Salzburg sowie von der Stiftungs- und Förderungsgesellschaft der Paris-Lodron-Universität Salzburg

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

© 2005 Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H., Wien

Alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Erhard Waldner

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH

Printed in Germany

ISBN 3-85371-243-6

Fordern Sie einen Gesamtprospekt des Verlages an bei:

Promedia Verlag, Wickenburggasse 5/12

A-1080 Wien, Fax: 0043/1/405 715 922

E-Mail: promedia@mediashop.at

Internet: <http://www.mediashop.at>

Politische Kultur in Österreich 2000–2005

Nikolaus Dimmel / Josef Schmee (Hg.)

PROMEDIA

Mit der „Verschlankung“ des Staates und der Einschränkung des Politischen, des demokratisch Verhandel- und Kontrollierbaren, wird die Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem neu gezogen, der Begriff des Öffentlichen verengt, bislang Öffentliches privatisiert: Gesellschaftliche Problemlagen werden zu privaten. Ein soziales Verhältnis als öffentliches anzuerkennen stellt jedoch nicht nur eine Voraussetzung ausgleichender Politik, sondern per se ein wesentliches Mittel von Emanzipation dar. Geschlechterverhältnisse sind keine Frage privater Arrangements.

Literatur

- BMGF (Bundesministerium für Gesundheit und Frauen) (Hrsg.) (2004): Sechster Bericht Österreichs an das Komitee für die Beseitigung der Diskriminierung der Frauen (Cedaw). Wien
- BMSG (Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen) (Hrsg.) (2004): Bericht zur sozialen Lage 2003. Wien
- BMSG-MA (Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Männerpolitische Grundsatzabteilung) (2005a): Grundsätzliches zur Männer- und Geschlechterpolitik. <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/detail.htm?channel=CH0126&doc=CMS1090569257588>
- BMSG-MA (2005b): Männerpolitische Grundsatzabteilung: Profil, Aufgaben, Ziele. <http://www.bmsg.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0132>
- Europäischer Rat (1995): Beschluss des Rates vom 22. Dezember 1995 über ein mittelfristiges Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die Chancengleichheit von Männern und Frauen (1996-2000) (95/593/EG). Brüssel
- Frauenoffensive (2005a): Erfolgsbilanz der ÖVP-Frauenpolitik. <http://www.frauenoffensive.at/home/artikel.aspx?where=008623>
- Frauenoffensive (2005b): Wir sind noch nicht am Ziel. <http://www.frauenoffensive.at/home/artikel.aspx?where=11980>
- IMAG-GM (Interministerielle Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming) (2005): Aktuelles. <http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/aktuell.htm?channel=CH0136>
- Krisper, Karin Irmgard (2003): „Es ist ganz ruhig geworden um die Frauenpolitik“. Gleichstellungspolitik in Österreich seit der politischen „Wende“ 2000-2002 anhand der Beispiele der „Abschaffung des Frauenministeriums“ und der Einrichtung der männerpolitischen Grundsatzabteilung. Diplomarbeit, Universität Wien
- Regierungsprogramm 2000-2003: Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die XXI. Gesetzgebungsperiode
- Regierungsprogramm 2003-2006: Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode
- Rosenberger, Sieglinde (2001): Die Geschlechterpolitik der Wende. In: *Kurswechsel. Zeitschrift für wirtschafts-, gesellschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 1/2001
- Sauer, Birgit/Tertinegg, Karin (2003): Policy Frames and Implementation Problems: The Case of Gender Mainstreaming. State of the Art and Mapping of Competences in Austria. Wien

ZWISCHEN NOSTALGIE UND MARKT

Österreichs Universitäten

Es soll schon vorgekommen sein, dass Eigentümer ihrer Unternehmen überdrüssig wurden. Einige boten daraufhin ihre Firma den Angestellten zum Kauf an. Die Annalen des Fortschritts berichten sogar davon, dass manche Unternehmer ihre Firmen verschenkten, doch derart unzeitgemäße Großzügigkeit interessiert uns hier ebenso wenig wie unfreiwillige Übertragungen der Verfügungsmacht an Produktionsmitteln. Am häufigsten war ein Unternehmer in spe dann gewillt, eigene Schilling/Euro auszulegen, wenn die öffentliche Hand ihm reichlich weitere Schilling/Euro zusagte. Dazu mussten die Verwalter der Staatskasse manchmal überredet werden, häufiger gingen sie freiwillig vor den Arbeitsplätze versprechenden Wohltätern in die Knie. Selten fehlte bei derartigen Wechseln der Eigentums- und Verfügungsrechte die vollmundige Rhetorik, wonach das alles zum Besten der Menschheit geschehe. Ganz sicher aber schauten sich die neuen Eigentümer das Unternehmen vorher gründlich an. Die betriebswirtschaftliche Folklore nennt Letzteres Kassensturz, Eröffnungsbilanz, Durchleuchtung, Prüfung auf Herz und Nieren.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ging in Österreich ein Eigentümerwechsel über die Bühne, bei dem das alles ganz anders ablief. Die Rede ist von der Ausgliederung der Universitäten aus der Hoheitsverwaltung. Sie wurde den Stakeholdern unter dem Titel Autonomie schmackhaft gemacht.

Der Andrang leitungswilliger Angehöriger aus dem Kreis des bisherigen mittleren Managements war so groß, dass der Alteigentümer sogar einige seiner Firmen aufteilen musste, um der Nachfrage gerecht werden zu können. Drei Medizinische Universitäten waren schnell gegründet. Man benötigte dafür weder Umweltverträglichkeitsprüfungen noch Betriebsgenehmigungen.

Doch anders als im Fall herkömmlicher Eigentümerwechsel, wo vor allem das steuerzahlende Publikum und die Verwalter des Staatssäckels getäuscht werden und sich täuschen lassen, aber die neuen Herren wissen, worauf sie sich einlassen, torkelten die nach monokratischer Führung ihrer Firma Gierenden in ihre neuen Rollen geradezu umnachtet hinein. Ein Schelm, wer denkt, dass sie sich nur wegen des höheren eigenen Salärs so sehr um diese Jobs rissen.

Um die Tragweite dessen zu begreifen, was im Zuge der Auslagerung der Universitäten geschah, stelle man sich zum Vergleich vor, dass bei einem gewöhnlichen „Management Buy Out“ der alte Inhaber seinen Laden nur unter folgenden Bedingungen herzugeben bereit wäre:

1. *Noch vor der Übergabe der Firma an die neuen Herren wird ein gewichtiger Teil des Unternehmensvermögens einer von ihm kontrollierten Stiftung übertragen.*

So geschehen mit den Altbeständen der Universitätsbibliotheken. Die neuen Universitäten mussten Eröffnungsbilanzen erstellen und da sie über wenig Sachkapital verfügten, wäre es für ihre Kreditwürdigkeit wichtig gewesen, wenigstens die Bücher der Bibliotheken hoch zu bewerten. Das hätte es den Universitäten, die halbwegs bibliophile Bestände aufwiesen, erlaubt, bilanztechnisch besser dazustehen. Durchaus wohlmeinende Sachwalter des akkumulierten Bildungskapitals sahen das Abendland bedroht und erreichten, dass die alten Bücher und Inkunabeln nicht den Universitäten und deren Eröffnungsbilanzen zur Verfügung gestellt wurden. Handstreichartig wurden diese Bestände als schützens- und bewahrenswertes Kulturgut unter einen Glassturz gestellt, was die skurrile Folge zeitigen wird, dass irgendwann einmal die Universität X zwar pleite ist, die wertvollen Bücher den Bankrott der Institution aber überleben werden. Ob mit diesem Kulturgut dann irgendwer noch irgendetwas anfangen kann, kümmerte die Retter des abendländischen Kulturgutes wenig.

2. *Der seiner Universitäten überdrüssig gewordene Alteigentümer bestand aber auch darauf, künftig über eine seiner Tochterfirmen Eigentümer der Liegenschaften und faktisch aller Immobilien zu bleiben.*

Als solcher behält er sich ausdrücklich vor, die Mietpreise nach Gutdünken festzusetzen, und verhöhnt die neuen Eigentümer dann noch, indem er erklärt, damit gehorche er nur den Gesetzen des Marktes – als ob man Hörsäle und Bibliotheken so mir nichts, dir nichts auf dem Immobilienmarkt loswerden würde.

3. *Der edle Verkäufer behält sich für die ersten Jahre vor festzulegen, zu welchen Preisen was produziert werden darf. Einen Teil der Produktion verkauft er weiterhin auf eigene Rechnung und untersagt es den neuen Eigentümern, einen offenkundig erschließbaren Markt zu erobern.*

In der Welt der höheren Bildung entspricht dem der freie Hochschulzugang für alle und die ministerielle Festlegung der Höhe der Studiengebühren, die richtiger Studierendensteuer genannt werden sollte, da sie den Universitäten nur auf dem geduligten Papier zukommt. Allein schon der

Umstand, dass zu den vollmundigsten Verteidigern des freien Hochschulzugangs Mitglieder der neuen, in die Freiheit entlassenen Universität zählen, ist ein schlagender Beweis für deren Unfähigkeit, die neuen Verhältnisse auch nur kapieren zu wollen. Wirtschaftlich betrachtet sind Absolventen die Produkte, die die Universität herstellt, und Studienabbrecher sind die Ausschussware, die zu Diskontpreisen auf den Markt geworfen wird. Wenn ein Produzent mit unveränderten Produktionsverfahren mit der gleichen Menge Geldes und denselben Produktionsverfahren 100 Einheiten ebenso herstellen muss wie, sagen wir, 120, dann leidet darunter entweder die Qualität der Produkte oder der zu erzielende Preis – so simpel funktioniert nun einmal Marktwirtschaft. Wenn darüber hinaus der frühere Eigentümer kraft Gesetz darüber bestimmen kann, wie viele Einheiten einer Produktionslinie vulgo Studienrichtung er als wiederum kraft Gesetz monopolistischer Abnehmer (von Lehrern, Richtern und Staatsanwälten, Museumsmitarbeitern, Spitalsärzten etc.) abzukaufen gewillt ist, und festschreiben kann, dass alle Produktionslinien fortzuführen sind, dann hat das allerdings herzlich wenig mit den großen vier Freiheiten der europäischen Marktwirtschaft zu tun.

4. *Der Altbesitzer geht aber noch weiter und oktroyiert die Höhe der Löhne, die der von den neuen Eigentümern ohne Abstrich zu übernehmenden Belegschaft in den kommenden Jahren zu zahlen sein werden.*

Die Verhandlungen über die Gehälter der gesamten Altbelegschaft werden nicht zwischen den neuen Herren und Vertretern der Beschäftigten verhandelt, sondern resultieren aus gesetzlich fixierten Gehaltserhöhungen und Teuerungsabgeltungen, die der Alteigentümer mit überbetrieblichen Vertretern der Beamten aushandelt, wobei er, da er wiedergewählt werden will und die Altbelegschaft zu seiner treuesten Klientel zählt, diese ordentlich bedient. Die autonomen neuen Firmen, die sich Universitäten nennen dürfen, müssen Lohnerhöhungen zahlen, ohne am Verhandlungstisch der Tarifpartner gesessen zu sein. Bezahlt wird das alles aus „gedeckelten“ Budgetzuweisungen des Alteigentümers an die neuen Herren. Faktisch bedeutet das, dass die autonomen Universitäten Jahr für Jahr höhere Beträge für die Löhne ihrer Altbelegschaft aufzubringen haben werden. Es wird Jahre dauern, bis diese Überlast langsam geringer wird, da die neuen Herren so wenig von Betriebswirtschaft verstehen, dass sie bislang nicht einmal auf die Idee verfallen sind, die ihre Kollegen bei der „privatisierten“ Post und Eisenbahn wenigstens ausprobieren – sehr zum Ärger jener Kommentatoren, die sonst nicht müde werden, der Liberalisierung das Wort zu reden –,

nämlich: Teure ältere Mitarbeiter in Frühpension zu schicken und ihnen diese durch freiwillige Abschlagszahlungen zu verschönen. In der akademischen Welt herrscht „noblesse oblige“, obwohl es ein Leichtes wäre, Universitätslehrer nahe der Pensionsgrenze mit frugalen „golden handshakes“ von der Lohnliste zu bekommen.

Ich wette, dass eine erkleckliche Zahl älterer Universitätslehrer ein Angebot, vorzeitig in den Ruhestand zu treten, annehmen würde, wenn ihnen der Übertritt beispielsweise dadurch versüßt würde, dass sie weiterhin ihr bisheriges Arbeitszimmer benutzen dürfen. Für die dadurch budgetär frei werdende Summe könnten die neuen Herren leicht zwei junge Mitarbeiter einstellen, die hoch zufrieden wären, selbst wenn sie sich einen Schreibtisch teilen müssten. Aber die Universitäten sind nun einmal eine eigene Welt, in der der raue Wind der marktwirtschaftlichen Konkurrenz immer nur jene trifft, die in sie nicht aufgenommen werden. Aufnahmestopps sind die am wenigsten intelligente Lösung der Finanzkrise der heutigen Universitäten, aber sie zu verkünden produziert die geringsten Widerstände. Wie sollen sich auch jene artikulieren, die gerne einen Job an der Uni hätten, ihn aber nicht bekommen, weil die Unis einfach ein paar Jahre lang niemanden aufnehmen?

Der in Berlin geborene Albert Hirschman, der sich vor den Nationalsozialisten in die USA retten konnte, hat für die Erklärung des Verfalls von Leistungen privater und öffentlicher Produzenten die einfache und doch folgenreiche Begriffstrias „Abwanderung – Widerspruch – Loyalität“ entwickelt. Damit wollte er darauf hinweisen, dass Konsumenten auf den Verfall der Qualität eines Produktes oder einer Dienstleistung reagieren können, indem sie entweder ihre Stimme gegen den Qualitätsverfall erheben (Widerspruch) oder ein anderes Produkt kaufen (Abwanderung). Verzichten Konsumenten aus irgendeinem Grund auf die Option Widerspruch und wählen rasch Abwanderung, untergräbt das die Chance der Produzenten, ihr Produkt gewandelten Ansprüchen anzupassen. Die österreichischen Universitäten unterstützen seit Jahrzehnten strukturell die Strategie der Abwanderung, indem sie der jeweils nächsten Generation von Wissenschaftlern den Zutritt zur akademischen Welt verwehren. Mit Hingabe wird dagegen die Loyalität gegenüber den Insidern gepflegt. Wem der Zufall oder die Mitgliedschaft in einer Geburtskohorte die Türen der Universitäten öffnete, der wird von der Korporation fürsorglich behandelt. Dafür sorgten einst der CV und Akademikerbund und seit 1975 ein closed shop, der sich als „Demokratisierung“ maskiert.

Mitbestimmungsnostalgiker werden nicht müde, wortreich die „Entdemokratisierung“ der neuen Universitätswelt zu beklagen, ohne dass ihnen die

selbst ausgestellte Lizenz zur Verbreitung intellektueller Halbfertigprodukte streitig gemacht wird. Das Gequassel von der Demokratisierung der Universitäten durch das UOG 1975 ist bei Licht besehen nicht mehr als die Verschleierung der Interessenlage der universitären Insider. Da diese schlichte Wahrheit von den akademischen Freunden einer „Flat Earth Society“-Perspektive, die jüngst Karl-Heinz Gruber für die analoge Debatte um die Schule der 10- bis 14-Jährigen konstatierte, erfolgreich in Abrede gestellt wird, muss das Argument wohl noch einmal wiederholt werden: Demokratie bedeutet seit alters her „one man, one vote“ – die Freundinnen der Geschlechterdemokratie mögen mir angesichts der Gender-Proportionen in Österreichs Universitäten verzeihen, dass ich hier nur die männliche Form zitiere. Ich kann beim besten Willen nicht sehen, dass das demokratische Prinzip in den heimischen Universitäten je zur Anwendung gekommen wäre. Die UOG-Mitbestimmung zeichnete sich vielmehr dadurch aus, dass sie die überkommene Herrschaft der mit dem Adelstitel Ordinarius ausgestatteten akademischen Fürsten dadurch ein wenig schwächen zu können meinte, dass den akademischen Hintersassen einige Gruppenvertreter in Pro-forma-Gremien zugestanden wurden. Diese halbstarke Funktionäre taten, was alle Funktionäre tun und was seit Robert Michels Untersuchungen über die deutsche Sozialdemokratie zum Grundwissen politischer Soziologie gehört: Sie versorgten sich selbst und einige ihresgleichen. Wer drinnen war, wurde geschützt und sollte den sich professionalisierenden Mittelbauvertretern dafür auch noch dankbar sein. Das sparsame Ministerium spielte dabei gerne mit: Es wies den Universitäten immer mehr Mittelbau-Stellen zu, deren Besetzung in den Gremien „in the long run“ zwischen Professoren und Mittelbauern paritätisch aufgeteilt wurde. Kamen im Jahr 1970 auf jeden österreichischen Professor statistisch gesehen nur vier Assistenten, so sind es heute fast sechs. Mit dieser Art von Personalpolitik konnten Ministerialräte und Sektionschefs nicht nur Spargesinnung demonstrieren, sondern auch ihren Groll gegen die unbotmäßige Professorenschaft kühlen; die Mittelbauvertreter konnten ihrer Klientel Sand in die Augen streuen.

Da die in die Autonomie entlassenen Universitäten nun von Personen geleitet werden, die in diesem System sozialisiert wurden, sollte es niemanden wundern, dass seit Jänner 2004 dieser Teil der akademischen Welt unverändert fortgeführt wird. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die professionellen Vertreter nun Mitglieder rektoraler Küchenkabinette sind.

Das universitäre „Management Buy Out“ erwies sich bislang als kakani-sche Parallelaktion. Statt eines kraftvollen Neuanfangs sind die neuen, habi-

tuell aber alten Herren Rektoren seit Anfang 2004 vollauf damit beschäftigt, sich erst einmal einen Überblick zu verschaffen. Statt die Eröffnungsbilanz des Alteigentümers vor Antritt des Jobs auf Herz und Nieren zu prüfen, stürzten sie sich in das Geschäft und müssen nun feststellen, dass es hinten und vorne nicht zu schaffen ist, dass das Geld für einen Neuanfang fehlt, dass die Belegschaft demotiviert ist und ein „turn around“ mangels Verbündeter nicht erwartet werden kann.

Die Mitbestimmungsnostalgiker und ihre medialen Komparsen verströmten Krokodilstränen ob der Nominierung von Burschenschaftlern in die universitären Aufsichtsräte, kamen aber nicht auf die viel nahe liegendere Idee, die sachliche Qualifikation der Aufsichtsräte und Führungsorgane zu prüfen. Hätte man das auch nur ansatzweise versucht, wäre rasch klar geworden, dass die Erneuerung der Universitäten Personen übertragen wurde, die dazu nicht die nötige Basisqualifikation aufwiesen.

Die Werbung liefert uns mit ihren Slogans manchmal auch profunde Einsichten in das Funktionieren unserer Welt. Mit „Der Vergleich macht Sie sicher“ warb vor einigen Jahren eine Firma. Eine wissenschaftlich anerkannte Form des Vergleichs ist die Analogie – und da zu den liebsten Sportarten des Österreichers der Fußball zählt, soll die Welt der Ballesterer hier zum Vergleich herangezogen werden. Kaum einer, der diese Sportart auch nur en passant verfolgt, wird behaupten wollen, dass der heimische Fußball zurzeit international hohes Ansehen genießt. Diejenigen, die das erst glauben, wenn ihnen Zahlen präsentiert werden, seien an das FIFA-Ranking erinnert: Österreich steht auf Platz 82 – von weltweit vielleicht 200 Nationen. Österreichs Universitäten, denen eine Ministerin von unschuldiger Torheit vorsteht, schaffen einen vergleichbaren Platz ganz sicher nicht, werden doch bei den neuerdings beliebten Universitätsrankings nicht Länder, sondern Universitäten miteinander verglichen – und davon gibt es nun einmal mehr, als es Fußball spielende Nationen gibt. Ergo ist ein hinterer Platz unter den hundert führenden Universitäten ungefähr so viel wert wie einer im ersten Drittel der Ballesterer-Nationen. Davon ist selbst die beste österreichische Universität Welten entfernt. So wie der als Sänger bemerkenswertere Trainer der österreichischen Fußballnationalmannschaft nicht müde wird, seine Burschen durch vollmundige Bekundungen seines Vertrauens in ihre Künste zu nie erreichbaren Leistungen anzuspornen, so bemüht sich die – angeblich ebenfalls durch Sangesleistungen hervorgetretene – Wissenschaftsministerin (gegen die, das sei ausdrücklich vermerkt, nicht spricht, dass sie „nur“ Handarbeitslehrerin ist) seit einigen Jahren, ihre Burschen durch Versprechungen, sie würde sie

zur Weltklasse führen, zu Höchstleistungen zu motivieren. Hans Krankl ist mit seiner persuasiven Performance überzeugender.

Österreichs Universitäten wissen leider noch nicht einmal, wie schlecht sie sind. Wären sie auch nur (welt)regional gut, würden mehr ausländische Studierende hierher kommen. Die, die heute hierher kommen, sind Numerus-clausus- und Leistungsflüchtlinge aus wohlhabenden Ländern sowie Kids, die dem Balkan entfliehen wollten, von den Zeitläuften hierher verschlagen wurden und aus dem einen oder anderen Grund nicht weiter zogen. Um die Position einer bestimmten Universität oder aller eines Landes in der Weltklasseliga zutreffend verorten zu können, reicht es, die Zahl und Zusammensetzung der Studierenden nach regionaler Herkunft zu betrachten. Der Anteil der ausländischen Studierenden beträgt in Österreich magere 13 Prozent; 1935/36, beileibe nicht ein Jahr, in dem Österreich eine attraktive Destination war, betrug er ebenso viel.

Attraktiv sind heimische Unis also offenbar nicht. Nicht erst seit dem Jahr 1934 zeichnet sich Österreich dadurch aus, dass es eine vergleichsweise hohe Akademikerexportrate hat. Was wir exportieren, sind, um nochmals den Jargon der Marktwirtschaft zu bemühen, Rohprodukte. Die intellektuell Besten mussten in den 1930er Jahren das Land verlassen, später, nach Ende des Zweiten Weltkrieges, gingen sie aus freieren Stücken. Und das hat ganz wesentlich mit den Bedingungen zu tun, unter denen hier zu Lande geforscht und gelehrt wird.

Während im Rest der österreichischen Welt der Besitz eines Parteibuches oder funktionaler Äquivalente desselben entscheidend sind, spielt in der universitären Welt ein zwar analoges, aber doch davon verschiedenes Moment die entscheidende Rolle. Dem Parteibuch in der Welt der kleinen Beamten und Wohnungssuchenden entspricht in der Welt arkaner Wahrheit der Konformismus. Will man an Österreichs Universitäten etwas werden, muss man sich mit den darin jeweils Herrschenden – das heißt: mit jenen, die in diesem System Macht haben oder sich diese anmaßen – gut stellen, am besten sie imitieren.

Nichts ist für wissenschaftliche Exzellenz allerdings kontraproduktiver als konformistische Mimikry. Aus diesem – und vielleicht nur aus diesem – Grund ist eine marktwirtschaftlich organisierte Universitätslandschaft einer korporatistischen vorzuziehen, weil in Ersterer Diversität belohnt zu werden pfllegt. Wer von der Kundschaft abhängig ist, tut gut daran, mehr als nur Vanilleeis zu verkaufen. Diejenigen, die glauben, mit nur einer Eissorte dennoch genügend Kundschaft anzuziehen, werden bald eines Besseren belehrt werden.

Allein – die Bewohner der universitären Welt wollen diese simple Wahrheit nicht akzeptieren. Statt die Besten anzuziehen oder zu halten, schwadronieren die Politiker von Weltklasse und träumen die Herren Professoren vom Nobelpreis. Statt Innovationen in den bestehenden Strukturen wenigstens zu versuchen, verplempern Spitzenforscher ihre Zeit mit Plänen für illusorische Neugründung. Statt sich auf den europäischen Hochschulraum konzeptionell einzustellen, biedern sich die neuen Herren der autonomen Universitäten den Landesregierungen und lokalen Leitunternehmen an und hoffen, von dort Geld zu erhalten. Jene, die dieses Schauspiel anwidert, verfallen in Agonie oder Zynismus, wenn sie nicht überhaupt das Weite suchen.

Am Ende werden die österreichischen Universitäten irgendwann einmal bemerken müssen, dass sie sich von den heimischen Fußballern kaum unterscheiden.

POOR SERVICES FOR POOR PEOPLE

Vom Untertan zum Kunden zum Untertan

Was sind die Stärken und was sind die Schwächen, fragt man sich, wenn man etwas verbessern will. Im besten Fall wird man die Schwächen korrigieren und die Stärken optimieren. Das gilt auch für den Sozialstaat. Wo soziale Probleme steigen, müssen wir gegensteuern, wo soziale Probleme präventiv verhindert werden, müssen wir weiter investieren. Aktuell passiert in der Politik das Gegenteil: Die Stärken werden geschwächt und die Schwächen verstärkt.

Was sind nun die Fehlentwicklungen im Wohlfahrtsstaat österreichischer Prägung? Nach dem Krieg wurde der Sozialstaat auf vier Säulen errichtet: dem männlichen Ernährerhaushalt, dem Normalarbeitsverhältnis, der Staatsbürgerschaft und einem ordentlichen Schuss Paternalismus mit obrigkeitstaatlichen Tendenzen.

Seither hat sich einiges geändert:

- Viele Frauen sind Familienerhalterinnen und es gibt vielfältigste Formen des Zusammenlebens.
- Unterbrochene Erwerbsbiographien und unsichere McJobs nehmen zu.
- Viele Menschen sind nach Österreich zugewandert und
- es hat sich eine mehr oder weniger lebendige Zivilgesellschaft herausgebildet mit Menschen, die sich nicht alles „von oben“ verordnen lassen.

Auf keine dieser vier Entwicklungen wurde sozialpolitisch rechtzeitig reagiert:

- Das Festhalten am „männlichen Ernährerhaushalt“ führt zum hohen Armutsrisiko von Alleinerzieherinnen und zur Mindestpension für ein Drittel aller Frauen.
- Die Fixierung auf die klassische Erwerbsarbeit übersieht die steigende Zahl der „working poor“ und den sozialen Absturz von (Langzeit-)Arbeitslosen.
- Die jahrelange Konzentration auf die Herkunft schafft soziale Ausgrenzung und mangelnde Aufstiegschancen von MigrantInnen.
- Der Paternalismus des Sozialstaates schafft mangelnde Transparenz und Mitbestimmung (Arbeitslose am Arbeitsamt, PatientInnen in den Spitälern, MigrantInnen ohne Wahlrecht, Mitbestimmung in den Sozialversicherungen ...).